

LANDESPOLITIK

**Abschaffung von Widerspruchsverfahren**

**Kritik an Landesregierung**

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. kritisiert die Abschaffung der Widerspruchsverfahren in Niedersachsen. Der Landtag beschloss kürzlich, die gerichtlichen Vorverfahren dauerhaft zu streichen, nachdem diese bis zum 31. Dezember 2009 zunächst nur ausgesetzt worden waren.

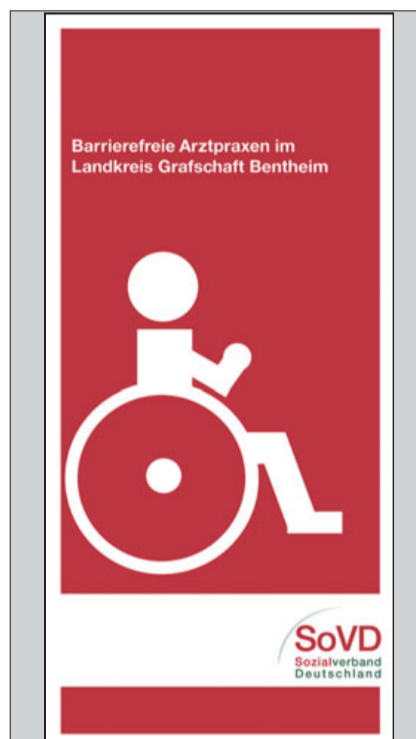
Gegen ablehnende Behördenbescheide muss nach der Neuordnung nun sofort Klage eingereicht werden. „Das wird viele Menschen abschrecken, ihre Ansprüche einzufordern“, bemängelt SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer. „Gerade bei Anträgen auf Wohngeld oder auf Befreiung von den Rundfunk- und Fernsehgebühren könnte ein wirksamer Rechtsschutz versagt bleiben,

da diese Verfahren nicht gerichtskostenfrei sind“, ergänzt Bauer. Auch die Gutachter der Leuphana-Universität Lüneburg kamen in ihrem Evaluationsbericht zur Aussetzung des gerichtlichen Vorverfahrens zu dem Ergebnis, dass unter anderem im Wohngeldrecht und im Kinder- und Jugendhilfe-recht das Vorverfahren wieder eingeführt werden sollte.

„Leider hat die Landesregierung den Evaluationsbericht nicht ernst genommen und wenigstens in Teilbereichen das gerichtliche Vorverfahren wieder eingeführt“, bedauert der SoVD-Landesvorsitzende: „Es ist enttäuschend, dass die Landesregierung eine Erprobung verspricht, sich dann aber über das Ergebnis der wissenschaftlichen Studie hinwegsetzt.“

**Der SoVD bittet Mitglieder um Unterstützung**

**Barrierefreiheit im Test**



In einer Broschüre werden demnächst barrierefreie Arztpraxen aufgeführt.

Das Leben in der eigenen Wohnung, der Behindertenparkplatz vor dem Supermarkt oder der Besuch beim Hausarzt - das ist alles mit dem Stichwort Barrierefreiheit verbunden. Und auch hier setzt sich der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. für die Interessen der Menschen mit Behinderung ein.

„Im kommenden Jahr wird der Landesverband eine Übersicht erarbeiten, in der möglichst viele barrierefreie Arztpraxen aufgeführt sind“, hofft SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer. „Darum bitten wir die Patienten, die Räumlichkeiten ihrer Mediziner zu bewerten. Barrierefreie Praxen wollen wir dann in einer Übersicht veröffentlichen. Jedoch werden wir negative Beispiele nicht an den Pranger stellen“, ergänzt der SoVD-Landesgeschäftsführer Dirk Swinke.

Der Landesverband bietet bereits auf seiner Homepage unter [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de) ein entsprechendes Faltblatt zum Ausdrucken an, das die Beurteilung von Barrieren ermöglicht. „Am besten nimmt man den Fragebogen mit in die Pra-

xis und füllt ihn im Wartezimmer aus“, erläutert Landesgeschäftsführer Dirk Swinke. Der ausgefüllte Bogen kann dann direkt an den SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. zur Auswertung geschickt werden (Herschelstraße 31, 30159 Hannover). Beispielfhaft hat der 255.000 Mitglieder starke SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. eine solche Aktion schon im Landkreis Graftschaft Bentheim durchgeführt. Daraus ergibt sich eine erste Aufstellung, die demnächst in Druck geht.

Und Druck war auch in der Vergangenheit das Stichwort: Mit zahlreichen Partnern hatte sich der SoVD dafür stark gemacht, dass Niedersachsen im Jahr 2007 nach langem Warten ein Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderung bekam. „Wir konnten die Landesregierung überzeugen, dass es endlich Zeit wurde“, berichtet Swinke. In dem Gesetz sind nun umfangreiche Regelungen zur Barrierefreiheit enthalten - ein Thema, das den SoVD dauerhaft bewegt.

Neben der individuellen Sozialberatung der Mitglieder sowie der Einflussnahme auf die Landes- und Bundespolitik trägt der SoVD durch die verbandseigene Wohnungsbaugesellschaft „meravis“ dazu bei, am Markt auch senioren- und behindertengerechte Wohnungen anzubieten. Die in Hannover ansässige SoVD-Tochterfirma wurde bereits in der Vergangenheit für barrierefreie Wohnanlagen ausgezeichnet.

„In unserem Wohnungsbestand befinden sich unter anderem interessante Angebote für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen“, sagt meravis-Geschäftsführer Matthias Herter. Doch die Arbeit der meravis und des SoVD endet hier noch lange nicht: „Bei rund 255.000 Mitgliedern in Niedersachsen werden wir ohnehin die sozialen Interessen aller Menschen im Blick behalten und uns für sie einsetzen“, betont Swinke abschließend.

**Die Serie im Niedersachsen-Echo: SoVD-Mitglieder im Landtag**

**Bereits langjähriger Kontakt zum SoVD**

Schon mehr als zehn Jahre ist der niedersächsische SPD-Politiker Ulrich Watermann Mitglied im SoVD. Dem Landtag gehört er sogar seit 1998 an. Dort arbeitet der Bad Pyrmonter unter anderem im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit mit. Das „Niedersachsen-Echo“ traf den 52-Jährigen kurz vor einer Parlamentsrede in der Vorhalle des Landtages.

*Niedersachsen-Echo (NE): Herr Watermann, wie sind Sie zum SoVD gekommen?*

Watermann: Bei mir vor Ort hatte ich schon sehr lange Kontakt zu Mitgliedern des damaligen Reichsbundes, wie zum Beispiel zu Martin Menzel. Und als ich gefragt wurde, ob ich Mitglied werden wolle, habe ich gleich ja gesagt. Das habe ich als Unterstützung gesehen, für die Arbeit, die der SoVD in der Region macht. Durch die lange Zusammenarbeit war meine Mitgliedschaft einfach die logische Konsequenz.

*NE: Wie sehen Sie das Wirken des SoVD heute, auch in Bezug auf Ihre Arbeit im Landtag?*

Watermann: Sowohl in meiner ersten Wahlperiode als auch aktuell haben wir als Sozialpolitiker in der SPD Gespräche mit dem SoVD geführt. Es war immer sehr hilfreich, aus der Praxis des Verbandes zu erfahren, wo es Schwächen der Sozialgesetzgebung und im sozialen System allgemein gibt. Ich habe den SoVD immer als guten Ratgeber erlebt. Und die Artikel des Niedersachsen-Echos konnte ich häufig als Unterstützung meiner Argumente verwenden.

*NE: Wie steht es Ihrer Meinung nach um die Sozialpolitik des Landes Niedersachsen?*

Watermann: Da gibt es erhebliche Probleme, beispielsweise im

**Neuer Kalender da**

**Weiterbildung**

Mehr als 30 Schulungen bietet das Aus- und Weiterbildungsteam (AWT) des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V. in seinem gerade erschienenen Seminkalender für das erste Halbjahr 2010 an. Das umfangreiche Programm wendet sich sowohl an haupt- als auch an ehrenamtliche Mitarbeiter des Landesverbandes.

So gibt es für die ehrenamtlich Aktiven etwa Schulungen zur Gestaltung der Arbeit in den Ortsverbänden oder auch Seminare für Schriftführer. Bereits am 28. Januar 2010 findet das Seminar „Jahreshauptversammlung/Wahlen“ von 9.30 bis 16.30 Uhr in Hannover statt. Das Seminar richtet sich an Mitglieder der SoVD-Ortsverbände und an potenzielle neue Vorstandsmitglieder. Dabei erfahren die Teilnehmenden Wissenswertes über die satzungsgemäßen Aufgaben der Ortsverbände und der Vorsitzenden. Außerdem geht es um die Durchführung von Jahreshauptversammlungen und Wahlen.

Interessierte können sich für dieses und auch für alle weiteren Seminare direkt über die Homepage des Weiterbildungsteams ([www.sovd-weiterbildung.de](http://www.sovd-weiterbildung.de)). Dort ist auch der aktuelle Kalender als pdf-Dokument erhältlich. Eine Anmeldung ist aber auch per Fax (0511/70148-70) oder per E-Mail ([weiterbildung@sovds-nds.de](mailto:weiterbildung@sovds-nds.de)) möglich.



Ulrich Watermann in der Lobby des Landtages.

gesamten Spektrum der Pflege, Niedersachsen hängt da hinterher. Wir haben hier eine Sozialpolitik des Versprechens. Die Ministerin hat für jeden Verständnis und ist ohne Zweifel sehr nett, aber sie verkündet nur und gehört leider nicht zu denen, die den Menschen durch konkrete Maßnahmen wirklich hilft. Außer, dass gesagt wird, wir verstehen alles, passiert nichts, wie bei der Absicherung gegen Kinderarmut und das bekümmert mich schon. Auch bei der Diskussion im Landtag zum Thema Jobcenter hat man das wieder gesehen. Die Sozialpolitik hat bei unserer Landesregierung leider einen sehr geringen Stellenwert.

*NE: Auf Ihrer Seite im Internet sagen Sie, dass Schönreden nicht weiterhilft. Also: Warum hat sich*

*trotz Regierungsbeteiligung der SPD in Berlin kein gesetzlicher Mindestlohn ergeben?*

Watermann: Beim Mindestlohn war nur das zu erreichen, was eine Große Koalition möglich gemacht hat. Und das war eben, es branchenspezifisch zu gestalten. Ich bin der Überzeugung, dass man die kleinen Schritte wählen muss, wenn nicht 100 Prozent durchsetzbar sind. Deshalb stehe ich für eine pragmatische Politik, die Ziele beschreibt, aber den Menschen auch klarmacht, dass nicht alles umsetzbar ist. So redet man die Dinge nicht schön. Was uns jetzt zum Beispiel bei der Altersarmut durch Niedriglöhne erwartet, ist schlicht eine Katastrophe. Daran ändern höhere Hinzuverdienstmöglichkeiten nichts.

**Behindertensportler**

**Wahl 2010**



Edith Voigt wurde 2009 Behindertensportlerin des Jahres.

Zum zehnjährigen Jubiläum stellen sich erneut sechs Sportlerinnen und Sportler zur Wahl zum Behindertensportler des Jahres. Noch bis zum 17. Februar können Interessierte ihre Stimme für einen der Kandidaten abgeben.

Zur Wahl um die Nachfolge von Vorjahressiegerin Edith Voigt stehen in diesem Jahr Stephan Engelhardt (Schwimmen), Vico Merklein (Handbiken), Thomas Nolte (Ski Alpin), Martina Reislund (Sitzball), Johannes Urban (Tischtennis) und Julia Vollmer (Judo). Gewählt werden kann in den niedersächsischen Lotto-Aannahmestellen oder auch im Internet unter [www.bsn-ev.de](http://www.bsn-ev.de). Die Ehrung findet dann am 25. Februar statt. Ehrengast der Gala ist Franz Beckenbauer.

**Nicht ausreichend**

**Entwurf**

Mit der Föderalismusreform im Jahr 2006 haben die Bundesländer die Gesetzgebungskompetenz für das Gaststättenrecht erhalten. Das Niedersächsische Wirtschaftsministerium hat nun einen Entwurf für ein niedersächsisches Gaststättengesetz vorgelegt, zu dem auch der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. Stellung genommen hat.

„Der Gesetzesentwurf stellt im Bereich der Barrierefreiheit einen Rückschritt gegenüber dem Gaststättengesetz des Bundes dar. Der niedersächsische Entwurf sieht nur noch eine Anzeigepflicht vor und nicht mehr die Notwendigkeit einer Erlaubnis. Dies soll wohl in erster Linie der Entbürokratisierung dienen“, erläutert Meike Janßen die Position des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V. Janßen leitet im Landesverband die sozialpolitische Abteilung.

Die Anzeigepflicht umfasse jedoch keinen Nachweis über die Barrierefreiheit einer Gaststätte. Nach dem derzeitigen Entwurf sei das Erfordernis der Barrierefreiheit gar nicht mehr erwähnt, sondern finde sich nur in der Niedersächsischen Bauordnung und der Gaststättenverordnung. „Eine Sanktionsmöglichkeit bei Verstoß gegen die Barrierefreiheit ist nicht vorgesehen. Deshalb lehnen wir den Gesetzesentwurf als nicht ausreichend ab“, fasst Janßen zusammen.

**Impressum**

SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.  
Herschelstr. 31, 30159 Hannover  
Tel.: (0511) 70 148 0  
Fax: (0511) 70 148 70  
[www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de)  
E-Mail: [presse@sovds-nds.de](mailto:presse@sovds-nds.de)

**Redaktion:**  
Stefanie Jäkel  
Tel.: (0511) 70 148 54  
Christian Hoffmann (Leitung)  
Tel.: (0511) 70 148 69

**Bildbearbeitung und Grafik:**  
Barbara Dräger  
Tel.: (0511) 70 148 38

**Vertrieb und Druck:**  
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.